

Diese festverwurzelte Tradition des „Pfingstschießens“ ist später von der „revolutionären“ Königsberger Bürgerwehr übernommen worden, deren schwarz-rot-goldene Fahne, „gestiftet von den Frauen und Jungfrauen des Städtchens“, bei einer Parade am 22. Oktober 1848 feierlich geweiht wurde.

Aber so blutig-revolutionär wie in Baden und Berlin war man in Königsberg nicht: Zwar wurden vorsorglich Waffen aus Coburg beschafft und auch noch bis ins Jahr 1852 militärische Übungen abgehalten – doch mußte am Ende kein einziger Schuß abgefeuert werden: Die Gewehre wurden wieder brav in Coburg abgeliefert, der schwarz-rot-goldene Patriotismus drohte unter dem Druck der konservativen politischen Kräfte zu ersticken. Vorübergehend dankte die 48er Bürgerwehr wieder zugunsten einer nostalgischen „Schützenkompanie“ ab – ehe sie zum Ausklang des 19. Jahrhunderts unter den vertrauten Revolutionsfarben wie Phönix aus der Asche neu erstand.

Seitdem marschiert die „Königsberger Bürgerwehr 1848“, als einzige ihrer Art in

Deutschland, unermüdlich durch das pfingstliche Brauchtum des zauberhaften altfränkischen Fachwerkstädchens an den Ausläufern der westlichen Haßberge, wo anno 1436 auch der berühmte Mathematiker und Astronom Johannes Müller, genannt Regiomontanus, geboren wurde.

Darum will das Bürgerwehr-Kommando, unabhängig vom alljährlichen Auszug der Bürgerwehr am Pfingstdienstag, heuer noch im Rahmen eines großen Festzyklus am ersten Juli-Wochenende der gescheiterten Deutschen Revolution von 1848 gedenken – unter anderem mit einer Sonderausstellung im Königsberger Rathaus (Eröffnung: Samstag, 4. Juli, 17 Uhr). Im Mittelpunkt des Jubiläumsprogramms steht freilich der Sonntag, 5. Juli: Mit einem Feldgottesdienst um 10 Uhr auf dem historischen Marktplatz; einem farbenprächtigen Festzug ab 13.30 Uhr, an dem Bürger- und Landwehren aus Franken, Bayern und Hessen teilnehmen, sowie einer Serenade ab 21 Uhr auf dem Marktplatz mit dem Symphonischen Blasorchester Unterpleichfeld.

Petrus Müller

Ludwig Ritter von Rudolph (1890–1966)

Demokratischer Politiker, Pädagoge und Patriot aus Nürnberg

Gesinnungsethische Demokraten im Sinne Max Webers, die sich zeitlebens für einen Ausgleich zwischen Nationalstaat und demokatisch-sozialem Rechtsstaat einsetzten und die sich nicht durch die totalitäre Diktatur des Nationalsozialismus beugen ließen, waren in Deutschland, insbesondere in den bürgerlichen Gesellschaftsschichten, im Laufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eher selten anzutreffende Zeitgenossen.

Persönlichkeiten wie z.B. Friedrich Naumann, Walther Rathenau, die Brüder Bon-

hoeffer und Theodor Heuss oder Thomas Dehler in Bayern – um nur einige der namhaftesten bürgerlichen Demokraten der Jahrzehnte vor und kurz nach 1945 zu nennen – vermochten es nur selten, Mehrheiten oder gar Massen für sich und ihre Ideale zu mobilisieren. Ihr weltanschaulich-politischer Freundeskreis blieb in den 20er, 30er und 40er Jahren meist auf einen kleinen Zirkel intellektueller Persönlichkeiten begrenzt, die häufig kaum über politische Gestaltungsmöglichkeiten verfügten. Sie waren und blieben mehr oder weniger politische Einzel-

kämpfer mit hoher Ausdauer, bisweilen auch dazu bereit, bis zum äußersten zu kämpfen, also aktiv gegen Hitler Widerstand zu leisten.

Einer unter ihnen war der Nürnberger Volksschullehrer Ludwig Ritter von Rudolph. An seinen lebenslangen Kampf für Demokratie, Freiheit und Volksbildung, der ihn weit über die Grenzen seiner fränkischen Vaterstadt hinaus bekannt gemacht hat, soll im folgenden erinnert werden.

Familiäres Herkommen und Jugendzeit bis 1914

Ludwig Ritter von Rudolph wurde am 25. Juni 1890 im Norden Nürnbergs zunächst noch als Ludwig Rudolph geboren. Sein Vater, Philipp Rudolph, war Volksschullehrer und Bezirksschulrat. Seit den 90er Jahren zählte er zu den engagiertesten linksliberalen Politikern Nürnbergs, die in dem Ortsverein der „Freisinnigen Partei“ für die Modernisierung von Staat und Gesellschaft arbeiteten. Seine Mutter, Johanne Rudolph, geborene Birkmann, entstammte einer bekannten Nürnberger Kaufmannsfamilie.

Sowohl Ludwigs Vater als auch sein Großvater mütterlicherseits betätigten sich als Mitglieder des Gemeindekollegiums aktiv an der kommunalen Selbstverwaltung Nürnbergs.

Bereits 1881 hatte sein Bruder Hans das Licht der Welt erblickt. Hans Rudolph wurde Ingenieur. Er verstarb jedoch schon 1931 und hinterließ eine fünfköpfige Familie, die Ludwig seit den 30er Jahren mit versorgte.

Nach dem Absolvieren der Volksschule und des humanistischen Gymnasiums in Nürnberg entschloß sich Ludwig, seinem Vater beruflich zu folgen und besuchte die Lehrerbildungsanstalt in Schwabach. 1909 beendete er die pädagogische Ausbildung und trat mit 19 Jahren anschließend in das 14. Bayerische Infanterieregiment in Nürnberg ein. Er diente als „Einjähriger Freiwilliger“ und durchlief die Ausbildung zum Reserveoffizier. Ein Jahr darauf begann er seine Tätigkeit als Pädagoge zunächst als Hilfslehrer 1911–1912 in Almoshof bei Nürnberg. Seit

September 1912 unterrichtete er als Lehrer und sehr bald schon als Hauptlehrer im städtischen Schuldienst.

Im Sommer 1912 besuchte er an der Universität München einen pädagogischen Ferienkurs bei dem Pädagogikprofessor Alois Fischer. Dieser war bis zu seinem Tode 1937 ein führender Repräsentant der geisteswissenschaftlichen Pädagogik in Deutschland. Fischer bezog jedoch zugleich die damals noch sehr jungen Methoden und Inhalte der Soziologie und Psychologie in seine Forschungen mit ein, wobei ihm die Verbesserung der beruflichen Bildung und der Erwachsenenbildung besonders wichtig war. Alois Fischer hatte einen prägenden Einfluß auf Ludwig von Rudolph, der selbst nach dem Zweiten Weltkrieg als Bildungspolitiker und Beamter den Neuaufbau des bayerischen Schulwesens wesentlich mitgestaltete und sich dabei besonders für das Volkshochschulwesen engagierte.

Im Herbst 1913 bestand er mit Auszeichnung die Anstellungsprüfung für den staatlichen Schuldienst in Ansbach und war anschließend beruflich in Mainberg tätig.

Kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs erfüllte er sich zum ersten Mal den lange ersehnten Wunsch, eine längere Auslandsreise anzutreten. Er entschloß sich im Juli 1914 zu einer Seereise von Hamburg nach Genua. Da er nach Kriegsausbruch im „feindlichen“ Ausland unterwegs war, kam er zunächst in englische Zivilkriegsgefangenschaft in Plymouth und Dorchester, aus der er im September 1914 entlassen wurde.

Zu Hause angekommen, trat er im Oktober 1914 als Reserveoffizier in das Bayerische Reserveinfanterieregiment Nr. 20 in Nürnberg ein. Der Beginn des Kriegsdienstes und die folgende Fronterfahrung bildeten das krasse Ende seiner bis dahin recht unbeschwert und erfolgreichen Jugendzeit. Das Kriegserlebnis sollte ihn auch noch in den 20er Jahren menschlich und politisch bewegen.

Im Rückblick erscheint sein familiäres Herkommen von Anfang an als eine Heimstatt liberalen Denkens und Handelns. Die Familie Rudolph kann als geradezu idealtypisch für das „bürgerlich-liberale Milieu“

1871–1918“ (Dieter Langewische) bezeichnet werden, das sich durch ein demokratisches Politikbewußtsein, einen intensiven Patriotismus und eine immense Bildungsbeflissenheit auszeichnete.

Als Frontoffizier im Ersten Weltkrieg: Erlebnis und Wirkung der Kriegserfahrung

Ludwig von Rudolph zog aufgrund eines ehrlich empfundenen Verantwortungsbewußtseins für die Nation in den Weltkrieg, wobei ihm der euphorische „Hurra-Patriotismus“ vieler seiner Zeitgenossen fern lag.

In seiner leider nicht veröffentlichten Autobiographie „Erlebnisse und Erinnerungen“, die er während der 40er Jahre begonnen hatte, führt er aus, wie ihm bereits im Krieg die Aussichtslosigkeit der zermürbenden Grabenkämpfe und Materialschlachten deutlich gemacht hatte, daß der Krieg für Deutschland militärisch nicht mehr zu gewinnen war. Es lag in der Logik dieser Erkenntnis, daß er nach 1918 zu einem der schärfsten Gegner der „Dolchstoßlegende“ wurde. Er sagte als Zeuge im Münchner „Dolchstoßprozeß“ 1925 aus und verfaßte die Publikation „Die Lüge, die nicht stirbt – der Dolchstoß von 1918“ (1958), in der er aus der Sicht des Infanterie-Frontoffiziers genau nachweist, daß die Niederlage unabwendbar war.

Trotz dieser, schon während des Krieges entwickelten kritischen Haltung muß Ludwig von Rudolph zu den fähigsten Truppenoffizieren gezählt werden. Am 12.3.1915 wurde er aufgrund seiner Tapferkeit und seines taktischen Geschicks nach der Schlacht bei Neuve Chapelle, in der er, obwohl er selbst verwundet worden war, als Bataillonsadjutant, nachdem der Kommandeur schwer getroffen worden war, die Führung übernommen und erfolgreich gegen die angreifende englische Übermacht eine neue Frontlinie aufgebaut hatte, Ritter des bayerischen Militär-Max-Joseph Ordens (Nr.38 der Rangfolge), wodurch er den persönlichen Adel erhielt.

Das Kriegsende erlebte er als Oberleutnant. Seine einzigartige Initiative im März 1915 wurde in der Literatur mehrfach gewürdigt.

1919 bis 1933: Im Kampf um die Weimarer Republik

Das Kriegsende, der Zusammenbruch des Kaiserreichs und die nachfolgende deutsche Revolution von 1918/19 waren für Ludwig von Rudolph Indizien dafür, daß die Zeit des aggressiven Nationalismus und der Scheindemokratie des Bismarckreiches endgültig vorbei sein sollte. Er erblickte nun die Chancen für die Verwirklichung der linksliberalen Staatsvorstellungen, wie sie in seinem Elternhaus seit jeher vertreten worden waren.

Nachdem er sich 1919 aus den Reihen der zum großen Teil orientierungslos gewordenen Frontoffiziere in den Freikorps gelöst hatte – „schon damals haben mich die ersten Anzeichen des völkischen Irrglaubens abgestoßen“, schrieb er 1946 über sein kurzes Intermezzo als Kompanieführer im Freikorps Oberland und in der Brigade Epp 1919 –, schloß er sich zu Beginn der 20er Jahre in Nürnberg, wo er nun auch wieder als Volkschullehrer unterrichtete, dem „Bayerischen Landesverband deutsch-demokratischer Jugendvereinigungen“ an, der sich als Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in Bayern verstand. Hier traf er auf die Führungspersönlichkeiten des sich neu formierenden Linksliberalismus in Nordbayern um den Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Hermann Luppe, den Publizisten Otto Stündt, die Historikerin Dr. Julie Meyer und den Unternehmer Dr. Siegfried Guggenheimer, um einige der führenden Nürnberger Linksliberalen zu nennen, die allesamt im Laufe der 20er Jahre in den engeren Freundenkreis Ludwig von Rudolfs gehörten.

Seit Mitte der 20er Jahre trat er vermehrt als politischer Redner in Veranstaltungen der DDP, der er 1924 beigetreten war, und als Publizist in verschiedenen liberaldemokratischen Zeitungen und Zeitschriften in Erscheinung. Er selbst führte dazu aus: „Von 1924 bis 1933 habe ich in etwa 200 Versammlungen gesprochen und in der demokratischen Presse, darunter in der „Frankfurter Zeitung“ viele Aufsätze veröffentlicht. Januar 1931 bis Ende März 1933 war ich in enger Zusammenarbeit mit Oberbürgermeister Hermann Luppe erster Vorsitzender der demokrati-

schen Partei in Nürnberg (Deutsche Staatspartei), der stärksten demokratischen Gruppe in Bayern.“

Seine unermüdlichen politischen Appelle in Rede und Schrift galten vor allem dem Erhalt der Weimarer Reichsverfassung. Ludwig von Rudolph wurde zu einem der eifrigsten Verfechter dieser neuen deutschen Demokratie des sozialen Rechts. Insbesondere als erster Vorsitzender der Deutschen Staatspartei (DStP) in Nürnberg – 1930 hatte sich die DDP unter diesem Namen mit einigen anderen politischen Gruppen zusammen geschlossen – betonte er immer wieder als Autor in der „Nürnberg-Fürther-Morgenpresse“, dem Organ der DDP und der DStP in Bayern, das von Hermann Luppe 1923 initiiert worden war, „daß die selbstlose Tätigkeit für die Verbreitung der demokratischen Ideen“ die vornehmste Aufgabe aller republikanisch denkenden Zeitgenossen sei.

Seine Aufrufe an „alle fortschrittlich und freiheitlich gesinnten Bürger (...) zum Kampfe gegen weitere Zersplitterung“ der Parteienlandschaft und gegen die „politische Dekadenz“ in Gestalt der rechts- und linksradikalen Parteien prägten besonders zwischen dem 24.1.1931, als er den Vorsitz der Nürnberger Ortsgruppe übernommen hatte, und dem 28.7.1933, dem Tag der Selbstauflösung der DStP, seine Äußerungen. Bis zum Zusammenbruch der Weimarer Republik verstand er sich als ein politischer Führer einer Partei, die die „Sammlung eines stolzen, freiheitlich gesinnten Bürgertums“ war. Er fühlte sich dazu „berufen, zur politischen Besinnung zu mahnen und beizutragen“. Er empfand es dabei als „Pflicht, für die Schaffung einer großen Front aller fortschrittlichen Menschen in Deutschland zu arbeiten“.

Daher erblickte er auch in einem einheitlichen deutschen Schulwesen den Grundpfeiler für die zukünftige Stabilität der Demokratie in Deutschland. In etlichen Artikeln wandte er sich deswegen besonders gegen die partikularistische und stark katholisch-klerikal ausgerichtete Bildungspolitik der bayerischen Landesregierung seit 1924 unter dem Ministerpräsidenten Heinrich Held. In seinem Beitrag „Ein Volk, eine Schule“ im

„Echo der jungen Demokratie“, einem der wichtigsten Sprachrohre des süddeutschen Linksliberalismus der 20er Jahre, vertrat er im März 1928 die Auffassung, daß eben nur in einem einheitlichen deutschen Schulwesen „ein Starkwerden des Gemeinschaftsgeistes (...) in Anlehnung an die Weimarer Verfassung“ entwickelt werden könne.

Das ausgeprägte Nationalbewußtsein Ludwig von Rudolfs, das in den oben genannten Redeausschnitten klar erkennbar wurde, wurde getragen von dem Streben nach einem endgültigen friedlichen Ausgleich und Mit einander aller europäischen Nationen. In dem soeben genannten „Echo“-Beitrag schrieb er über die Zukunft Deutschlands: „Wir wünschen ihm einen Platz des Friedens und der Gerechtigkeit unter den Völkern Europas und unter den Völkern der Erde“. Es war dies also ein aufgeklärt-versöhnliches Nationalempfinden, das im Ringen um nationale Einheit und um europäische Verständigung keinen Widerspruch, sondern eine Bedingtheit sah.

Ludwig von Rudolfs Appelle an die politische Vernunft verhallten jedoch in seiner Vaterstadt, in der die NSDAP seit den Landtagswahlen vom 24.4.1932 mit 37,2% die mächtigste Partei war und in der sich seit „1920 (...) in immer stärkerem Maß politische Gruppen, die von einer deutsch-völkischen, nationalistischen und zugleich republikfeindlichen Einstellung geprägt waren“ (Gerhard Hirschmann), etablierten, nahezu ungehört.

So mußte er mit offenen Augen und ohne effektive Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen, den Untergang der ersten deutschen Demokratie erleben. Seinen Kampf um Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gab er deswegen jedoch nicht auf.

Unter der nationalsozialistischen Diktatur 1933–1945

Seine erbitterte Gegnerschaft zum Nationalsozialismus war die zwingende Folge aus seinem Engagement für den demokratisch-liberalen und sozialen Rechtsstaat in den 20er Jahren.

Gleich zu Beginn der NS-Herrschaft von der NS-Presse heftig angegriffen und von der Gestapo überwacht, zog er sich zunächst aus dem öffentlich-politischen Leben der Stadt zurück. Recht bald jedoch fand er über seinen vertrauten Bekannten Dr. Thomas Dehler aus Bamberg zum aktiven Widerstand gegen Hitler.

Dehler begann seit 1937/38 von Bamberg aus systematisch mit dem Aufbau einer bayernweiten Widerstandsgruppe, die sich als bayerischer Arm der liberal-demokratischen Robinson-Strassmann-Gruppe, einem reichsweit organisierten Zirkel bürgerlich-demokratischer Hiltergegner, verstand. Ludwig von Rudolph war hierbei der Nürnberger Kontaktmann.

Diese Gruppe verstand sich als Vermittlungsorgan zwischen den verschiedenen Widerstandszirkeln im Reich. Ihre Mitglieder hielten Kontakt zu fast allen Bereichen des zivilen und militärischen Widerstands. Bereits in den 30er Jahren wurden von Mitgliedern der Robinson-Strassmann-Gruppe Programme über eine zukünftige politisch-staatliche Gestalt Deutschlands nach einer Niederwerfung der NS-Diktatur entwickelt.

Seit 1942 gelang es der Gestapo, in die Widerstandsgruppe einzudringen. Auch in Bayern erfolgten Verfolgungen und Verhaftungen im Kreis um Thomas Dehler, wobei dessen Freund Hans Wölfel, Rechtsanwalt aus Bamberg, hingerichtet wurde. Trotz der teilweise reichsweiten Aufdeckung der Gruppe gelang es Ludwig von Rudolph, in Nürnberg unentdeckt zu bleiben. Da er im Frühjahr 1944, nachdem seine Wohnung einen Bombentreffer erhalten hatte, nach Ansbach umziehen mußte, konnte er sich wahrscheinlich auch dem direkten Zugriff der Nürnberger Gestapo bis 1945 entziehen.

Neben der Teilnahme am aktiven Widerstand verhielt sich Ludwig von Rudolph, wo immer dies möglich war, auch im Alltagsleben resistent gegenüber den NS-Machthabern.

Das beste Beispiel hierfür ist die Tatsache, daß er auch nach 1933 intensiven Kontakt zu seinen jüdischen Freunden aus der demokra-

tischen Partei aufrechterhielt und ihnen half. Da die DStP-Ortsgruppe Nürnberg gegen Ende der Weimarer Republik fast ausschließlich aus jüdischen Bürgern bestand, hatte er einen sehr umfangreichen jüdischen Freunden- und Bekanntenkreis. Die erhaltene, umfangreiche Korrespondenz zwischen emigrierten jüdischen Nürnbergern und Ludwig von Rudolph aus den Jahren nach 1945 bezeugt vielfach das hervorragende Verhältnis v. Rudolphs zu seinen jüdischen Freunden 1933–45. So schrieb ihm z.B. der Rechtsanwalt Fritz Josephthal am 12. Mai 1948 aus London: „Euer Brief, der mich erst vor wenigen Wochen erreichte, war eine große Freude für uns. Ein Zeichen der Freundschaft aus einer schönen, für uns untergegangenen Welt. Wie gerne würde ich Euch alle wiedersehen, (...) In alter Freundschaft, immer der Eure, Fritz.“ Etliche Briefe, so auch von seinem Freund, dem Juristen Dr. Sigmund Held, bezeugen in diesem Tenor die enge Wegemeinschaft, die Ludwig von Rudolph mit seinen jüdischen Freunden verband.

Darüber hinaus pflegte er Kontakt zum Besitzer der Buchhandlung Edelmann, Erwin Kistner, in Nürnberg. Dieses Geschäft wurde „unter seiner (gemeint ist E. Kistner, PM) Leitung ab 1933 zu einem Treffpunkt antifaschistischer Kreise“, wie L. von Rudolph im Oktober 1946 in einem Brief an die Spruchkammer Nürnberg zur Entlastung E. Kistners bei dessen Entnazifizierungsverfahren schrieb.

Aus alledem kann gefolgert werden, daß es L. von Rudolph gelungen war, sich von den Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus fernzuhalten, eine Leistung, die nur wenigen Zeitgenossen in ähnlicher Weise gelang. Seine offensichtliche Oppositionshaltung hatte natürlich auch ihren Preis: „Von den Nazis wurde ich überwacht und war von jeglicher Beförderung ausgeschlossen. Meiner Gesinnung und meiner Stellung zum Judentum wegen hat mich Herr Streicher in seinem „Stürmer“ ein paarmal heftig angegriffen.“ Jedoch hatte seine öffentlich bekannte Haltung zum NS-Staat auch einen großen Vorteil für ihn: „Auf Betreiben der Gestapo wurde ich am 16.9.1939 nach dreiwöchiger Dienst-

zeit als Oberleutnant ohne Angabe von Gründen aus dem Heer entfernt.“

Im Übrigen brachten die Jahre 1933–45 nicht nur unangenehme Ereignisse für L. von Rudolph mit sich. So heiratete er 1937 seine Frau Anita, geborene Lutz aus Nürnberg. Die Ehe blieb jedoch kinderlos.

Den Untergang der NS-Diktatur im Mai 1945 erlebte er mit seiner Frau in Neuendettelsau bei Ansbach, wo er seit 1944 auch als Lehrer tätig war.

Aufbauarbeit in der Nachkriegszeit und während der Gründungsphase der Bundesrepublik 1945–1949

Aufgrund seiner politischen Unbescholtenheit und demokratischen Grundüberzeugung wurde Ludwig von Rudolph bereits am 10.10.1945 von den Besatzungsbehörden als kommissarischer Regierungs- und Schulrat eingesetzt. Er war dabei in den Städten Nürnberg und Ansbach sowie in den Landkreisen Scheinfeld, Uffenheim, Rothenburg o.T., Feuchtwangen, Dinkelsbühl, Ansbach-Land und Hilpoltstein verantwortlich für den Wiederaufbau eines demokratischen Schulwesens. Außerdem wurde er im Juli 1948 noch zum Referenten für Erwachsenenbildung im selben Geschäftsbereich berufen.

In den folgenden Jahren kümmerte er sich vor allem um den Ausbau der Erwachsenenbildung in Bayern. Bei der Gründung des Bayrischen Landesverbandes für freie Volksbildung im September 1948 in Erlangen spielte er gemeinsam mit dem bayerischen Kultusminister Dr. Franz Fendt (SPD) eine führende Rolle. L. von Rudolph bereiste in diesen Jahren das west- und nordeuropäische Ausland, um sich dort Impulse für die Weiterentwicklung der bayerischen Volkshochschulen zu holen. Eine besondere Ehre für ihn war dabei eine Einladung nach Schweden 1948, wo er, wohl als einer der ersten Deutschen nach 1945, der Nobelpreisverleihung in Stockholm beiwohnen durfte.

Bereit im Januar 1946 widmete er sich auch wieder seinen parteipolitischen Ambitionen und trat der neu gegründeten DDP bei. Obwohl er somit zu den Gründungsvätern der

späteren FDP in Bayern (Konstituierung der Landespartei am 30.5.1946) gehörte, blieb sein Verhältnis zur neuen liberal-demokratischen Partei unter der Führung seiner politischen Freunde aus den 20er und 30er Jahren, Dr. Thomas Dehler aus Bamberg und Dr. Fritz Linnert aus Nürnberg, eher distanziert. L. von Rudolph kandidierte sowohl für die verfassungsgebende Landesversammlung im Juli 1946 als auch für den ersten bayerischen Landtag im Dezember 1946. Beide Male wurde er aber nur zum ersten Ersatzmann gewählt. Wegen „politischer Meinungsverschiedenheiten“, über die er sich jedoch später nicht näher äußerte, trat er im März 1948 wieder aus der FDP aus. Dennoch schloß er sich, als er am 26.9.1949 für Thomas Dehler, der in den Bundestag berufen wurde, in den bayerischen Landtag nachrücken konnte, zunächst der FDP-Fraktion an.

Tätigkeit als Landtagsabgeordneter vom 1.10.1949 bis zum 27.11.1954

Ludwig von Rudolfs parlamentarische Schaffenszeit im zweiten bayerischen Landtag fiel in die Phase des dritten Kabinetts des Ministerpräsidenten Hans Erhard (CSU) 1950 bis 1954. Diese Koalitionsregierung aus CSU, SPD sowie BHE und das Parlament „richteten ihr Augenmerk besonders auf den inneren Ausbau des Landes, die Konsolidierung und Förderung der durch Währungsreform und soziale Marktwirtschaft sich erhöhlenden Wirtschaft, die gesellschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen und den sozialen Wohnungsbau“ (Peter Claus Hartmann),

Noch bevor Ludwig von Rudolph richtig mit der parlamentarischen Arbeit begonnen hatte, verließ er schon im März 1950 die FDP-Fraktion und schloß sich der SPD, der er auch als Mitglied beitrat, im Landtag an.

Der Schwerpunkt seiner Tätigkeiten als Landtagsabgeordneter lag wiederum im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik, wobei er sich als stellvertretender Ausschußvorsitzender im kulturpolitischen Ausschuß neben dem Prälaten Georg Meixner (CSU), der den Vorsitz inne hatte, speziell für

die Förderung der Erwachsenenbildung einsetzte. So war die Summe der staatlichen Zuschüsse für die Förderung der Erwachsenenbildung vor allem durch sein Engagement von 80.000 DM (1950) pro Jahr auf 250.000 DM (1954) angehoben worden. Darüber hinaus zählte er zu den eifrigsten Förderern der Einrichtung des Instituts für Zeitgeschichte in München. Er vertrat natürlich auch die Interessen Nürnbergs im Landtag. Durch persönliche Anträge konnte er es durchsetzen, daß die Sebaldus- und die Egidienskirche großzügige Zuschüsse aus Staatsmitteln für den Wiederaufbau erhielten. Ebenso initiierte er mit Erfolg die Einrichtung einer neuen Professur für Goldschmiedekunst an der Akademie der bildenden Künste in Nürnberg. Ein persönlicher Antrag L. von Rudolfs zur Rückführung der Apostelbilder Albrecht Dürers nach Nürnberg im September 1952, der in Presse und Rundfunk großes Aufsehen erregt hatte – Ludwig von Rudolph konnte am 25.2.1953 in einer Rundfunksendung des Studios Nürnberg seinen Antrag begründen – scheiterte knapp am 5.11.1953 nach einer dreistündigen Debatte im Plenum.

Sein Mandat endete mit den Landtagswahlen vom 28.11.1954.

Ruhestand und ehrenamtliche Tätigkeiten

L. von Rudolph, der seit 1952 wieder mit seiner Frau in Nürnberg wohnte, widmete sich auch während seines Ruhestandes vor allem seinen Hauptanliegen, der politischen Erwachsenenbildung und der Erforschung der Zeitgeschichte.

Seit 1955 war er als Dozent der Volkshochschule Nürnberg tätig und hielt Seminare zu den Themen Parlamentarismus, Zeitgeschichte und staatsbürgerliche Erziehung.

1958 veröffentlichte er die bereits erwähnte Schrift „Die Lüge, die nicht stirbt – der Dolchstoß von 1918“. Außerdem verfolgte er kritisch die Lehrplanentwicklung im Fach Geschichte, mit der er sich in einem Artikel – „Zeitgeschichte im Schulbuch“, in: „Deutsche Rundschau“, Nr. 86 (1960) – ausführlich

auseinandersetzte und die nach seiner Meinung unzureichende Thematisierung der Bereiche „Nationalsozialismus“, „Antisemitismus“ und „Erster Weltkrieg“ anprangerte.

Neben seinen pädagogisch-historischen Ambitionen arbeitete er weiterhin intensiv für den Deutschen Volkshochschulverband, für den Landesverband freie Volksbildung und für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Am 1. September 1959 erhielt er für seine Tätigkeiten das Bundesverdienstkreuz I. Klasse.

Zu Beginn der 60er Jahre wurde es allmählich doch etwas stiller um ihn. In der Presse erschien jedoch unter Aufsätzen und Leserbriefen immer wieder sein Name.

Im Januar 1963 entschloß er sich, aus der SPD auszutreten. Sie war ihm, jenem demokratischen Aristokraten, der einen weit über das Politische hinausgehenden Liberalismus zu seiner Lebensgrundlage erhoben hatte, niemals zur politischen Heimstatt geworden.

Ludwig Ritter von Rudolph verstarb am 31. August 1966 in Nürnberg. Er hinterließ keine Kinder, und seine Frau übernahm den Nachlaß.

Schlußbetrachtung

Mit Ludwig Ritter von Rudolph verstarb einer der letzten Nürnberger Liberalen, die einen Liberalismus im Sinne Friedrich Naumanns pflegten. L. von Rudolph dachte zugleich national und europäisch, sozial und demokratisch. Die Herrschaft des Rechts war ihm eine Grundmaxime.

Den Mut, den er als junger Offizier bewiesen hatte und für den er nobilitiert worden war, hielt er im Kampf für die Weimarer Republik und gegen den Nationalsozialismus aufrecht.

Die Gründung der Bundesrepublik betrachtete er, abgesehen von der Teilung Deutschlands, als eine späte, aber teuere Frucht des demokratischen Ringens zwischen 1918 und 1933. Ebenso wie für die erste deutsche Demokratie opferte er auch für den zweiten demokratischen Staat auf deutschem Boden seine ganze Schaffenskraft.

Sein Denken und Handeln war Ausdruck jener „Ethik“ der Gesinnung für den politisch Handelnden, die als ‚Handeln aus Überzeugung‘ den klassischen Liberalismus innerlich bestimmt hatte“ (Theodor Schieder).

Quellen und Literaturauswahl

Quellen:

Stadtarchiv Nürnberg E10 NL v. Rudolph

Institut für Zeitgeschichte München ZS 380
Dehler

Staatsarchiv Nürnberg Polizeidirektion Nürnberg-Fürth Nr. 851

Stadtbibliothek Nürnberg Nor. 4029.8 „Echo“,
März/April 1928

Stadtbibliothek Fürth „Nürnberg-Fürther-Morgenpresse“ 1931

Amtsgericht Nürnberg Nachlaßgericht Akte v.
Rudolph

Darstellungen:

Hermann Hanschel, „Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik“, Nürnberg 1977

Gerhard Hirschmann, „Unter Oberbürgermeister Dr. Hermann Luppe“, in: Gerhard Pfeiffer (Hg.), „Nürnberg – Geschichte einer europäischen Stadt, München 1971, S. 445–454

Gerda Kriesch-Bachtiar, „Aufbruch. Die Liberalen in Mittelfranken nach 1945“, Nürnberg 1989

Hermann Luppe, „Mein Leben“, Nürnberg 1977

Berthold Mauch, „Die bayerische FDP“, München 1981

Petrus Müller, „Der politische Liberalismus in Nürnberg 1918–1945. Struktur, Stärke, Persönlichkeiten und programmatisches Verhalten“, in: MVGN (1991), S. 231–263

Horst Sassin, „Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942“, in Hamburg 1993

Winfried Romberg

Joseph Martin Kraus (1756–1792)

Ein Komponist vom Untermain

1. Lebenslauf

Joseph Martin Kraus wurde am 20. Juni 1756 in Miltenberg als Sohn des kurmainzischen Amtmannes Joseph Bernhard Kraus (1724–1810) und dessen Ehefrau Anna Dorothea Schmid (1733–1804) geboren. Sein Vater gehörte dem gehobenen und aufgeklärten Bürgertum an und förderte frühzeitig die musischen Begabungen seiner Nachkommen. Seine Kindheit verbrachte Kraus in Amorbach, Osterburken und Buchen im Odenwald, wo er die örtliche Lateinschule besuchte.¹⁰ Im Jahr 1768 wurde er in die Jesuitenschule in Mannheim aufgenommen, an der er eine solide Allgemeinbildung erhielt. Hier kam er auch mit der fortschrittlichen Musik der sog. Mannheimer Schule in Kontakt, die der kunstliebende Kurfürst Karl Theodor von

der Pfalz (1724–1799) an seiner Residenz unterhielt. Er trat bei den Schauspielen der Jesuiten auf und wirkte als Sängerknabe im Chor der Hofkirche und an der Hofoper mit.

Zu Beginn des Jahres 1773 wechselte Kraus zum Philosophie- und Rechtsstudium kurzzeitig nach Mainz und schon zum Wintersemester des gleichen Jahres an die Universität Erfurt, wo der aufklärerisch und progressiv gesinnte kurmainzische Statthalter Karl Theodor von Dalberg (1744–1817) bessere Perspektiven zu eröffnen schien. Nach dem Willen seines Vaters sollte der junge Joseph Martin die Beamtenlaufbahn einschlagen. Doch er fühlte sich zum Musiker bestimmt und versuchte dem trockenen Bürokratenschicksal zu entgehen. Er bekniete daher seine Eltern händeringend mit der